

Rede von Ralf Plötner 4.2.2021 (Plenarprotokoll 7/35)

Dem Krebs den Kampf ansagen – Wirksame Therapien fördern, Neuerkrankungen reduzieren, Patientinnen und Patienten bestmöglich unterstützen

Zum Alternativantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2657

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wahrscheinlich kennen wir alle eine Person, die an Krebs erkrankt ist oder sogar daran verstorben ist. Im Jahr 2018 gab es in Thüringen eine Inzidenz von 603 pro 100.000 Einwohner/-innen, die an Krebs erkrankt waren. Das sind natürlich ernüchternde Zahlen und die Vorredner sind schon darauf eingegangen, was das für die Menschen selbst und für die Familien bedeutet. Dennoch gibt es noch Hoffnung, die uns dabei auch leitet. Es gibt viele Fortschritte in der Therapie, das ist ein wichtiger Punkt. Das andere ist, dass fast 40 Prozent der Krebsfälle mit einer guten Prävention tatsächlich vermeidbar gewesen wären. Deswegen ist auch das Leitwort der Deutschen Krebshilfe für den heutigen Weltkrebstag: „Ich bin und ich werde.“ Und wir können selbst vieles im Bereich der Prävention tun und darum geht es im vorgelegten Alternativantrag.

Ich zitiere Michael Baumann, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Krebsforschungszentrums, der sagt, dass „weit über ein Drittel aller Krebsneuerkrankungen“ vermieden werden könnten, „würden wir das Potenzial der Krebsprävention voll ausschöpfen. Das würde nicht nur Zehntausenden das Leben retten, sondern darüber hinaus noch deutlich mehr Menschen das Schicksal einer schweren Erkrankung und die damit verbundenen Belastungen ersparen.“ Risikofaktoren wie Rauchen, ein hoher Alkoholkonsum, Übergewicht, ein Mangel an körperlicher Aktivität sind alles Sachen, die durchaus minimiert werden könnten.

Zu den Präventionskampagnen und einer Verbesserung in der Finanzierung der Beratungsstellen, das wurde auch schon gesagt, wurde in den Ausschussanhörungen sehr deutlich, dass der Bedarf da ist. Forscher/-innen haben festgestellt, dass die eben genannten Risikofaktoren zum Teil ihren Ursprung im jungen Lebensalter haben. Deswegen ist auch, ein Schwerpunkt auf Präventionskampagnen für Kinder und Jugendliche zu legen, der richtige Weg.

Was für uns in diesem Alternativantrag auch wichtig ist, ist der Ausbau einer Gesamtpräventionsstrategie unter Einbeziehung der Landesgesundheitskonferenz. Die Strategie soll eine Harmonisierung der verschiedenen Präventionsansätze bewirken wie eben gegen Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen und andere. Denn wir wissen, dass die Risikofaktoren für Krebs oder auch für Diabetes und für Herz-Kreislauf-Erkrankungen dieselben sind bzw. es sehr häufig hohe Übereinstimmungen gibt. Mit einer Gesamtstrategie können wir Synergieeffekte erzeugen und eine einheitliche Botschaft überbringen, was nicht nur Kosten im Gesundheitswesen sparen, sondern auch viele Leben retten würde.

(Beifall DIE LINKE)

Vielen Dank.

In diesem Antrag wollen wir die Finanzierung der Thüringischen Krebsgesellschaft sowie die der Beratungsstellen sicherstellen. Mit Haushaltsmitteln sollen gemeinsam mit der Thüringischen Krebsgesellschaft landesweite Präventions- und Informationskampagnen verstärkt und ausgebaut werden. Diese Kampagnen werden sich nicht nur an Kinder und Jugendliche richten, sondern es sollen auch Kampagnen, die barrierearm sind, für verschiedene Zielgruppen geplant werden. Das kann zum Beispiel sein, dass ein Kampagneninhalte in anderen Sprachen Menschen erreicht oder in Gebärdensprache übersetzt wird oder dass barrierefreie Webseiten erstellt werden oder Aufklärungsarbeit für Gruppen und Menschen – wie lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen – geleistet wird, die man da zielgenauer ansprechen kann. An dieser Stelle möchte ich auch noch mal gern dem Lesben- und Schulverband für ihre Stellungnahme danken.

(Beifall DIE LINKE)

Die Beratungsstellen sind mit einer Mischfinanzierung vorgesehen und die Bundesregierung hat letztes Jahr erklärt, die Finanzierung von 80 Prozent der Kosten der Krebsberatungsstellen durch die Krankenkassen mittels einer Änderung des SGB V regeln zu wollen. Das war im Prinzip auch der Punkt, wo es tatsächlich immer zeitlichen Verzug gab und die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Jetzt ist die Finanzierung sichergestellt. Das haben wir auch mit dem Beschluss des Landeshaushalts getan, auch die Unterstützung der Krebsberatungsstellen in Thüringen. Die Qualität soll auch nicht ignoriert werden. Die Vorredner/-innen zum Alternativantrag sind darauf eingegangen, dass regelmäßig anerkannte, externe und tätigkeitsspezifische psychosoziale oder psychoonkologische Fortbildungen sowie externe qualifizierte Supervisionen stattfinden sollen. Das können eben auch Ansätze dafür sein, diskriminierungsarme Beratung zu stärken.

An dieser Stelle wollen wir auch gern prüfen lassen, wie der langfristige Erhalt und die Finanzierung der Strukturen der Selbsthilfe für Krebserkrankte und deren Angehörigen in Thüringen sicherzustellen sind. Die Selbsthilfegruppen sind eine wesentliche Säule bei der Bewältigung von Krebserkrankungen und dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Eine nachhaltige Finanzierung ist hier natürlich auch wichtig.

Zuletzt haben wir noch in dem Alternativantrag die wichtige Maßnahme der Unterstützung der gemeinsamen Initiative „Mitteldeutsches onkologisches Spitzenzentrum“ der Unikliniken Jena und Leipzig, um dort eine Forschungsinitiative voranzutreiben. Denn die Menschen in Thüringen brauchen nicht nur wissenschaftsbasierte Präventions- und Informationskampagnen, sie brauchen auch Investition in die Wissenschaft für die Entwicklung der heilenden Therapien.

Wir sind froh, dass wir diesen Alternativantrag auf den Weg bringen konnten. Ich möchte mich noch mal ausdrücklich bei der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU bedanken. Ich bitte um Zustimmung, damit wir bei diesem wichtigen Thema einen weiteren Schritt gehen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)